



NEWSLETTER OKTOBER 2020
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

Foto: Henning Schädlich

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Woche berät der Deutsche Bundestag den Haushalt 2021. Ich bin froh, dass Finanzminister Olaf Scholz einen mutigen Haushalt vorgelegt hat. In der Debatte zum Auftakt der Verhandlungen wurde mehr als deutlich, wofür die einzelnen Parteien stehen.

Die SPD steht für einen starken Sozialstaat, für die Sicherung von Arbeitsplätzen, für Unterstützung der Familien, für ein stärkeres Gesundheitswesen, für ein starkes und solidarisches Europa, für gerechte Steuern und einen Staat, der stärker werden muss. Das unterscheidet uns fundamental von allen anderen Parteien.

Wir wollen die wirtschaftliche Not lindern, wo es nur geht. Andere nutzen die Situation, um ihren wirtschaftlichen Profit zu steigern. Die Firma Conti schreibt in vielen deutschen Werken schwarze Zahlen und schließt trotzdem Betriebsstätten, ohne vorher mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft geredet zu haben. Die Beschäftigten erfahren zu Hause am Fernseher, dass sie arbeitslos werden. Das ist eine Frechheit.

Conti verlagert Arbeitsplätze nach Osteuropa, weil sie dort nicht 8 Prozent Rendite wie hier erwirtschaften, sondern 15 Prozent. Ich habe mich daher mit Betriebsräten aus Regensburg getroffen. Dort verliert jeder Vierte seinen Arbeitsplatz.

Einen Teil meiner Aktivitäten des September und einen Ausblick auf den Oktober beschreibe ich auf den folgenden Seiten.

Viel Spaß beim Lesen

Ihr/Euer *Bernd Rützel*



S. 3: Lieferkettengesetz

Nächste Instagram-Diskussion
am 13. Oktober



S. 7: Corona & MoMa

Mein Statement zur Verlängerung
des Kurzarbeitergeldes



S. 10: Brotzeit, Bier & Politik

Endlich wieder Veranstaltungen,
endlich wieder Termine vor Ort

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

10 | 2020



Foto: pixabay

KLARTEXT

„BEHANDELE ANDERE SO, WIE DU BEHANDELT WERDEN MÖCHTEST.“

Stellen wir uns vor, wir wären nicht in Unterfranken geboren, aufgewachsen, hingezogen oder wohnhaft. Stellen wir uns vor, wir wären an einem Ort geboren, an dem wir um unser Leben fürchten müssten, wo wir keine Perspektive, keine Rechte, keine Bildung hätten, wo wir verfolgt, gefoltert und getötet würden. Wir würden dieses Land verlassen und uns auf den Weg in ein besseres Leben machen. Und jetzt sitzen wir an der Schwelle zu Europa.

13.000 Menschen, meist viel mehr, waren seit über fünf Jahren in Moria unter schlimmen Bedingungen eingepfercht. Andere haben es nicht geschafft, sind im Meer ertrunken. Wie möchten wir behandelt werden, säßen wir dort fest? Gilt nicht für alle die goldene Regel: „Behandle andere so, wie Du behandelt werden willst.“ Jetzt ist nicht die Zeit zu fragen, ob das alles so richtig ist, ob nicht dann noch mehr Menschen zu uns wollen, was die anderen europäischen Länder machen. In der Stunde der Not fragt man nicht, wie jemand in diese Not geraten ist - man hilft!

Deshalb habe ich zusammen mit anderen Abgeordneten der SPD [einen Brief](#) an die Bundeskanzlerin geschrieben, damit Deutschland zusammen mit weiteren willigen EU-Ländern die in Moria Gestrandeten aufnimmt. Die Christlich-Soziale Union und die Christlich-Demokratische Union fürchten sich vor der AfD. Ihre Furcht ist größer als ihre Menschlichkeit. Immerhin haben sie sich etwas bewegt und mitgestimmt, dass zumindest 1.500 Menschen dort rausgeholt werden können. Zu spät. Zu wenig.

Wie wollten wir behandelt werden, säßen wir auf Lesbos?

WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE



WIR BEENDEN DIE AUSBEUTUNG IN DER FLEISCHINDUSTRIE

Die Corona-Krise hat die Missstände in der Fleischindustrie offengelegt: Dubiose Vertragsstrukturen, Sub-Sub-Sub-Unternehmen, Billiglöhne - hier werden systematisch Profite auf dem Rücken der Beschäftigten gemacht. Ein neues Gesetz soll das endlich ändern.

Ich bin für die SPD-Bundestagsfraktion der zuständige Berichterstatter und habe daher in den letzten Wochen zahlreiche Gespräche geführt, um die Blockadehaltung von Teilen der Union zu durchbrechen.

Schluss damit! Wir haben Ende September im Bundestag erstmals das Arbeitsschutzkontrollgesetz debattiert. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) machte in der Diskussion - auch mit Blick auf die zögernden Unions-Abgeordneten - klar: „Gezielte Kontrolle und klare Verhältnisse sind das Gebot der Stunde. Deshalb werden wir den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit beenden, mehr Kontrollen und höhere Bußgelder einführen, Arbeitszeit elektronisch erfassen lassen und dafür sorgen, dass die Arbeitgeber wieder unmittelbare Verantwortung für ihre Leute haben - und sich nicht hinter Sub-Konstruktionen wegduckeln können.“

Was heißt das konkret?

- >> In der Schlachtung und Verarbeitung dürfen ab Januar nur noch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des eigenen Unternehmens arbeiten.
- >> Werkverträge (ab 1. Januar 2021) und Leiharbeit (ab 1. April 2021) werden verboten.
- >> Arbeitsschutzrecht-, Hygiene- und Tierschutzvorschriften werden deutlich strenger kontrolliert.
- >> Bei der Unterbringung der Beschäftigten werden Mindeststandards sichergestellt.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

10 | 2020

Foto: Bernd Rützel

LIEFERKETTENGESETZ. JETZT.

Die SPD-Fraktion im Bundestag hat dafür gesorgt, dass eine nationale gesetzliche Regelung zu den Sorgfaltpflichten deutscher Unternehmen entlang ihrer globalen Lieferketten im Koalitionsvertrag festgehalten ist. Teile der Unionsfraktion widersetzen sich jedoch, obwohl Forderungen nach einem Lieferkettengesetz immer lauter werden. Nach einer aktuellen Umfrage von Infratest dimap befürworteten drei von vier Befragten ein Gesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Sorgfaltpflichten in der Lieferkette verpflichtet.

Die Blockadehaltung der Union muss ein Ende haben. Ein Lieferkettengesetz ohne Haftungsregelung funktioniert genauso wenig wie die Beschränkung auf Unternehmen mit mehr als 5.000 Mitarbeiter*innen, wie es die Union will. Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar: Schuftende Kindern in lebensgefährlichen Steinbrüchen, Näherinnen, die mit ihrem Lohn nicht mal ihre Kinder ernähren können und Arbeiter, die bei ihrer Arbeit in giftiger Brühe stehen, um Leder für unsere Schuhe und Kleidung zu gerben, dürfen uns nicht egal sein.

Am 22. September habe ich auf Instagram darüber mit der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, meiner Kollegin Dr. Bärbel Kofler, diskutiert. **Der nächste Termin ist am 13.10. um 16 Uhr.** Weitere Termine folgen, daher immer meine Social Media-Accounts und meine Homepage im Auge behalten!

AUTOMOBIL-ZULIEFERER UNTER DRUCK

Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten trafen sich Ende September mit den Betriebsratsvorsitzenden von Continental Regensburg und der Vitesco Technologies Regensburg, sowie der IG Metall Regensburg. Auch die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Katja Mast und Sören Bartol waren bei dem Gespräch dabei.



In der Fahrzeugbranche haben die großen Automobilhersteller bislang ihre Zulieferer ausgequetscht und satte Gewinne eingestrichen. Jetzt rufen sie nach Neuwagen-Prämien. Die jedoch würden nur die vorhandenen Autohalden auf Staatskosten reduzieren. Den Zulieferern selbst hilft sie überhaupt nicht. Der Autokauf wird aktuell ohnehin durch den reduzierten Mehrwertsteuersatz und die Rabattschlacht in der Branche angekurbelt. Völlig zurecht passiert das daher gerade auf Kosten der Eigentümerfamilien und der Shareholder.

Die Zulieferbetriebe nutzen die aktuelle Situation für Stellenstreichungen: Continental will ganze Betriebe schließen, die gesund sind und acht Prozent Rendite erwirtschaften. Das reicht ihnen nicht. Unsere Solidarität gilt daher den Beschäftigten. In Regensburg soll jeder vierte Job wegfallen, über 2.000 Stellen. Das nehmen wir nicht kampflos hin.

Ich sehe die großen Veränderungen und Herausforderungen. Aber Stellenabbau und Betriebsschließungen sind keine Lösung. Stattdessen müssen Transformationsstrategien entwickelt werden. Nur wenn alle Beteiligten – Arbeitnehmer*innen, Gewerkschaften, Arbeitgebende und Politik – an einem Strang ziehen, können wir die Automobil- und Zulieferindustrie erhalten.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

10 | 2020



Foto: Bernd Rützel

STÄDTE UND GEMEINDEN WERDEN ENTLASTET

Die Unterstützung der Kommunen war uns als SPD in den Verhandlungen zum Konjunkturpaket ein besonderes Anliegen. Sie müssen handlungsfähig sein und investieren können. Der Bund entlastet daher die Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe. Damit sollen die Folgen der Corona-Pandemie abgefedert und die Konjunktur durch kommunale Investitionen angekurbelt werden.

Die Kommunen erhalten einen Ausgleich für die Ausfälle bei der Gewerbesteuer. Der Bund übernimmt davon die Hälfte in Höhe von 6,134 Milliarden Euro. Die andere Hälfte tragen die Länder. Dauerhaft entlastet sie der Bund nun auch bei den Sozialausgaben. Konkret werden künftig bis zu 74 (statt 50) Prozent der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende vom Bund bezahlt. Das entlastet die Kommunen um etwa 3,4 Mrd Euro pro Jahr.

Wir gehen aber noch weiter und setzen uns dafür ein, Kommunen von Altschulden zu entlasten. Die Union steht hier bedauerlicherweise weiter auf der Bremse. Aber wir werden hartnäckig bleiben.

MEHR FLEXIBILITÄT FÜR ELTERN DURCH ANPASSUNGEN BEIM ELTERNGELD

Das Elterngeld wird von uns erneut weiterentwickelt. Damit wird dem Bedürfnis der Eltern noch besser entsprochen, Familien- und Arbeitszeit flexibel und partnerschaftlich zu gestalten: Eltern sollen stärker darin unterstützt werden, während des Elterngeldbezugs in Teilzeit erwerbstätig sein zu können und so einerseits das Familieneinkommen abzusichern und andererseits mehr Zeit für ihre Familie zu haben. Dafür wollen wir die während des Elterngeldbezugs und der Elternzeit zulässige Arbeitszeit auf 32 Stunden erhöhen.

Um mehr Partnerschaftlichkeit bei Erziehung und Berufstätigkeit zu ermöglichen, wird der Partnerschaftsbonus deutlich flexibilisiert und verlängert. Denn je länger Eltern eine partnerschaftliche Aufgabenteilung praktizieren, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch später ein solches Familienmodell leben. Eltern von Frühchen erhalten einen zusätzlichen Elterngeldmonat, um mögliche Entwicklungsverzögerungen ihres Kindes besser auffangen zu können.

DER KINDERBONUS IST DA!

Seit September wird der Kinderbonus ausgezahlt! Die erste Teilauszahlung in Höhe von 200 Euro ist bereits bei den Familien angekommen. Weitere 100 Euro folgen im Oktober. Insgesamt 300 Euro erhalten Familien für jedes Kind, für das dieses Jahr in mindestens einem Monat ein Anspruch auf Kindergeld besteht. Einfach so, ohne Antrag und andere Formalitäten.

Die Corona-Krise ist gerade für junge Eltern eine große Herausforderung. Der Kinderbonus ist dafür natürlich keine Entschädigung, aber eine Anerkennung. Uns ist wichtig, dass gerade Familien davon profitieren, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Deshalb wird der Kinderbonus nicht mit der Grundsicherung oder anderen Sozialleistungen verrechnet.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

10 | 2020



Foto: Bernd Rützel

FRAKTIONSBECHLUS: SOZIALSTAAT ALS PARTNER

»Niemand soll sich dafür schämen müssen, in einer schwierigen Lebenslage Leistungen des Sozialstaates in Anspruch zu nehmen.«

— Beschlusspapier der SPD-Fraktion

SPD
Fraktion im
Bundestag

Der parlamentarische Betrieb in Berlin ging im September mit den Klausurtagungen erst der Arbeitsgruppe Arbeit & Soziales und dann der ganzen SPD-Bundestagsfraktion wieder los. Mit der A&S-Arbeitsgruppe führten wir Gespräche mit dem Vorsitzenden der Agentur für Arbeit, Detlef Scheele, Wissenschaftler*innen, den Gewerkschaften verdi, IG BCE, NGG, IGM und natürlich unserem Arbeitsminister Hubertus Heil zum Arbeitsmarkt, soziale Absicherung, Lieferkettengesetz, Fleischindustrie, Kurzarbeit, Insolvenzrecht, Qualifizierung und Weiterbildung. Die CDU/CSU will die Arbeitszeiten massiv ausweiten, die Ruhezeiten kürzen und die 450-Euro-Jobs weiter ausbauen. Wir wollen Beschäftigungssicherung, längeres Kurzarbeitergeld und tarifgebundene und mitbestimmte Jobs.

Soziale Leistungen sind keine Almosen, sondern Rechte, die den Bürger*innen zustehen. Der Sozialstaat ist organisierte Solidarität – alle sollten dazu beitragen. Darum darf niemand als Bittsteller behandelt werden, sondern allen muss auf Augenhöhe begegnet werden. So sollen auch die sozialen Leistungen erbracht werden und ohne

Hürden zugänglich sein - ein Sozialstaat als Partner. Auf der Klausur der SPD-Bundestagsfraktion haben wir die Rolle des Sozialstaats ganz eindeutig formuliert. Und wir haben dazu auch konkrete Forderungen aufgestellt:

- >> Längeres Arbeitslosengeld I und Bürgergeld statt Hartz IV
- >> Recht auf Arbeit und 12 Euro Mindestlohn
- >> Kindergrundsicherung und mehr Zeit für Familien durch Familienarbeitszeit
- >> Solidarische Pflegebürgerversicherung und begrenzte Eigenanteile in der Pflege

Hier finden Sie unsere Beschlüsse. Lesen lohnt sich:

- > [30 Jahre Deutsche Einheit – Transformationsprozess in ganz Deutschland gestalten](#)
- > [Lehren aus der Krise: Auf den Sozialstaat kommt es an](#)
- > [Gestärkt aus der Krise: eine soziale und ökologische Industriepolitik für unsere Schlüsselindustrie](#)



Foto: Büro Rützel

Mit Olaf Scholz habe ich am Rande der Klausur über die Absicherung von Jugendherbergen gesprochen.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

10 | 2020

Foto: Bernd Rützel

FORDERUNGEN DER CSU UNSOZIAL - WIR HALTEN DAGEGEN

Auch die CSU hat sich wie wir (siehe Seite 5) zur Klausur getroffen, um den Kurs der nächsten Monate zu beraten und zu beschließen. Die CSU hat dabei in diesem Jahr den Vogel abgeschossen: Unter dem Deckmantel, Familien entlasten zu wollen, fordert die CSU, das geltende Arbeitszeitgesetz aufzuweichen: Auch Arbeitstage über 10 Stunden sollen möglich sein, Ruhezeiten sollen nicht mehr gelten. Diese Pläne sind nicht im Geringsten eine Verbesserung für Familien, ganz im Gegenteil. Sie gefährden die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn überlange Arbeitszeiten erhöhen das Risiko von Arbeitsunfällen. Auch auf dem Nachhauseweg steigt die Unfallgefahr deutlich an.

Das ist mit der SPD nicht zu machen. Was wir stattdessen dringend zum Schutz der Beschäftigten brauchen, ist ein gesetzlich verankertes Recht auf Nichterreichbarkeit und einen gesetzlichen Rahmen für mobiles Arbeiten. Das hilft Familien und ermöglicht Freiräume. Unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil arbeitet bereits an der Umsetzung.

Außerdem fordert die CSU unter der Überschrift „Jobs sichern“, die Minijob-Grenze auf 600 Euro zu erhöhen. Und diese Grenze soll auch noch automatisch ansteigen. Das würde zu zwei Problemen führen: 1. Immer weniger Beschäftigte sind durch unsere Sozialkassen geschützt. 2. Die Sozialversicherungen hätten immer weniger Geld zu Verfügung.

Gerade die aktuelle Coronakrise zeigt doch deutlich, wie wichtig der Schutz durch unsere Sozialsysteme ist. Vielen ging jetzt erst auf, dass sie mit einem Minijob keine Absicherung und beispielsweise auch keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben.

Ich will eine soziale Absicherung für alle Beschäftigten – aber die muss auch finanziert werden. Und ich will, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fairen Löhnen

eingestellt werden, bezahlten Urlaub haben, sich im Krankheitsfall auf Entgeltfortzahlung verlassen können, im Falle einer Arbeitslosigkeit abgesichert sind und dass sie, falls eine Arbeitsunfähigkeit droht, Anspruch auf Erwerbminderungsrente haben.

„MEHR MITBESTIMMUNG UND TEILHABE - 100 JAHRE BETRIEBSVERFASSUNG UND SCHWERBEHINDERTENRECHT“



Foto: Werner Schüring

Herzliche Einladung zur Betriebs-, Personalräte- und Schwerbehindertenvertreter*innen-Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion!

Coronabedingt haben wir uns für eine hybride Veranstaltung entschieden. Das bedeutet, dass alle direkt beteiligten Akteur*innen vor Ort sind und sich alle Interessierten online zuschalten und natürlich auch Fragen stellen können. .

**Die Konferenz findet am Montag, den 2.11.2020,
von 10:30 bis 15:00 Uhr statt.**

Mit dabei: unser Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, und unser Fraktionsvorsitzender Dr. Rolf Mützenich.

Interessierte bitte ich, sich bis zum 7. Oktober unter [bernd.ruetzel.mdb@ bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de) anzumelden!

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

10 | 2020



Foto: Bernd Rützel

KURZARBEIT VERLÄNGERT!

Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz! Die Kurzarbeit hilft Beschäftigten und Unternehmen - und sie hilft dabei, unsere Wirtschaft nach der Pandemie schnell wieder in Schwung bringen zu können. Und weil die Krise am 1. Januar 2021 nicht vorbei sein wird, brauchen wir die Verlängerung bis Dezember 2021. Als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion fürs Kurzarbeitergeld war ich Mitte September im ARD-Morgenmagazin, um über die Verlängerung bis Dezember 2021 zu sprechen.



Ab Minute 0:41 können Sie mit einem Klick auf das Foto mein Statement anschauen.

KUNST & KULTUR GEFÖRDERT!

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben Kultur- und Medienschaffende ebenso wie Kultureinrichtungen hart getroffen – und das voraussichtlich noch für eine längere Zeit. Die Umsatzausfälle lassen sich nach dem Ende der Einschränkungen nicht wieder reinholen. Zur Abmilderung der Krise stellen wir deshalb u. a. für Erhaltung und Stärkung der Kulturangebote sowie für Nothilfen mit dem Programm „Neustart Kultur“ eine Milliarde Euro bereit.

SOZIALES ENGAGEMENT GESTÄRKT!

SPD
Fraktion im Bundestag

Corona-Pandemie
Gemeinsam aus der Krise

Wir halten zusammen.

Für Kunst und Kultur.

- **Überbrückungshilfen** für Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie kleine und mittlere Betriebe.
- **Zukunftspaket „Neustart Kultur“** hilft mit 1 Milliarde Euro gezielt Kultureinrichtungen wie Kinos, Theatern und Galerien.
- **Gutscheine bei abgesagten Veranstaltungen** schützen Kultur- und Konzertveranstalter vor Insolvenz.
- **Ausfallhonorare für freiberufliche Künstlerinnen und Künstler** können vom Bund geförderte Einrichtungen bei Absagen zahlen.
- **Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung** ermöglicht Lebenshaltungskosten zu decken.

SPD
Fraktion im Bundestag

Corona-Pandemie
Gemeinsam aus der Krise

Wir halten zusammen.

Für soziale Einrichtungen.

- **Überbrückungshilfen und zinsgünstige Kredite** unterstützen gemeinnützige Organisationen und Träger bei laufenden Kosten.
- **100 Millionen Euro Zuschüsse** für Jugendherbergen, Schullandheime und andere Jugendbildungsstätten.
- **Weitere 100 Millionen Euro** helfen Inklusionsunternehmen und Einrichtungen der Behindertenhilfe.
- **Ausgleich finanzieller Belastungen** stellt den Bestand von sozialen Einrichtungen und Trägern der sozialen Arbeit sicher.
- **Ausweitung des Kurzarbeitergeldes** hilft auch sozialen Einrichtungen und gemeinnützigen Unternehmen.

Gemeinnützige Organisationen und Träger leisten wertvolle Arbeit für den Zusammenhalt in Deutschland: für Kinder und Jugendliche, für Eltern und Familien, für ältere Menschen, für Menschen mit Behinderungen. Uns ist es ein besonderes Anliegen, ihre Arbeit in der Corona-Krise sicherzustellen.



WERKSTÄTTEN NICHT VERGESSEN!

SPD
Fraktion im Bundestag

Corona-Pandemie
**Gemeinsam
aus der Krise**

Wir halten zusammen.

Für Menschen mit Behinderungen.

- ☞ **Ausgleich von weggefallenem Entgelt.**
- ☞ **Lohnfortzahlung** hilft Eltern von Kindern mit Behinderungen, wenn Arbeit wegen fehlender Betreuung nicht möglich ist.
- ☞ **Überbrückungshilfen und günstige Kredite** sichern die Existenz von sozialen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.
- ☞ **100 Millionen Euro** unterstützen gezielt Inklusionsunternehmen und Einrichtungen der Behindertenhilfe.
- ☞ **Geringere Mehrwertsteuer und niedrige Ökostromumlage** helfen sozialen Einrichtungen dabei, laufende Kosten zu senken.

Menschen mit Behinderungen sind von den gegenwärtigen Einschränkungen teilweise besonders hart betroffen – zum Beispiel, weil die Werkstätten nun schon seit Wochen geschlossen sind und damit viele soziale Kontakte wegbrechen. Uns ist es wichtig, sie und ihre Angehörigen so schnell, einfach und unbürokratisch wie möglich zu unterstützen. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die soziale Infrastruktur für Menschen mit Behinderungen arbeitsfähig bleibt und auch weiterhin ihre wichtige Aufgabe erfüllen kann.

KRANKENHÄUSER WERDEN GESTÄRKT, ELTERN UNTERSTÜTZT

Mehr Geld für die Stärkung der Krankenhäuser: Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz soll sichergestellt werden, dass Patient*innen auch in Zukunft von der hohen Versorgungs- und Pflegequalität in unseren Kliniken profitieren. Das Gesetz setzt das „Zukunftsprogramm Krankenhäuser“ aus dem Konjunkturpaket um. 3 Milliarden Euro gibt der Bund, 1,3 Milliarden die Bundesländer und Träger.

Teil des Gesetzes ist auch, dass Eltern von erkrankten Kindern unterstützt werden: Die Bezugszeit des Kinderkrankengeldes für 2020 wird von 10 auf 15 Tage erhöht (für Alleinerziehende auf 30 Tage). Und auch diejenigen, die coronabedingt Angehörige pflegen, haben wir im Blick: Bis zum Ende des Jahres werden die Akuthilfe Pflege und das Pflegeunterstützungsgeld verlängert. Viele Maßnahmen des Schutzschirms für die Pflege werden über den 30. September hinaus verlängern. So kann beispielsweise das Pflegeunterstützungsgeld weiterhin bis zu 20 Arbeitstage in Anspruch genommen werden.

PLATTFORMARBEIT: MITBESTIMMUNG STÄRKEN

Anfang September sprach ich im Plenum des Deutschen Bundestages zum Thema Plattformarbeit, also Arbeitsbedingungen im sogenannten Click-, Cloud-, Crowd- oder Gig-Working. Gemeint sind damit Dienstleistungen, die über web-basierte Plattformen vermittelt oder erbracht werden. Diese Tätigkeiten können lokal verrichtet werden (Gigwork) oder online (Cloudwork). Wir müssen die Beschäftigten in dieser gar nicht mehr so neuen Arbeitswelt besser schützen. Das geht nur mit starken Gewerkschaften in den Betrieben.



Mit einem Klick auf das Foto geht es zu meiner Rede – und [hier](#) gibt es eine gute wissenschaftliche Annäherung an das Thema von der Hans Böckler-Stiftung.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

10 | 2020



Foto: Bernd Rützel

GESPRÄCH MIT DER BEG

Wir als bayerische SPD-Bundestagsabgeordnete trafen uns im September mit unserem Ex-Kollegen Martin Burkert, jetzt stellvertretender Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), sowie Vertreter*innen der Bayerischen Eisenbahngesellschaft. Die Auswirkungen von Corona auf den Schienenpersonen-nahverkehr (SPNV) und die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken standen im Mittelpunkt des Gesprächs.

Bei der Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken ging es in der Diskussion vorrangig um die Wiederaufnahme des Personenverkehrs. Am Beispiel der Werntalbahn in Unterfranken sowie der Staudenbahn im Landkreis Augsburg wurden die Möglichkeiten dargelegt und diskutiert. Ich habe dabei klargestellt: Für eine nachhaltige Verkehrswende braucht es die klimafreundliche Schiene. Von der Wiederbelebung stillgelegter Strecken können insbesondere kleinere Städte und Regionen profitieren, die so wieder Anschluss ans Schienennetz erhalten. Mein Fazit: Für unsere Mobilität in der Stadt und auf dem Land ist der SPNV ganz wesentlich. Der Bund hat seine Mittel hierfür deutlich erhöht - aber: Es braucht noch sehr viel mehr Geld, damit das Angebot ausgebaut wird und die Preise sinken.

TAG DER DEMOKRATIE



Am 15. September war „Tag der Demokratie“ der Vereinten Nationen. Die Kanadische Botschaft hat hierzu ein kurzes Video mit mir als Vorsitzender der deutsch-kanadischen

Parlamentariergruppe und mit meinem Kollegen im kanadischen Parlament, Senator Peter Boehm, gedreht. Mit einem [Klick auf das Foto](#) erfahren Sie, was Leonard Cohen und Willy Brandt gemeinsam haben!

KONTAKTPFLEGE MIT KANADA



Foto: Thilo Lenz/Botschaft von Kanada

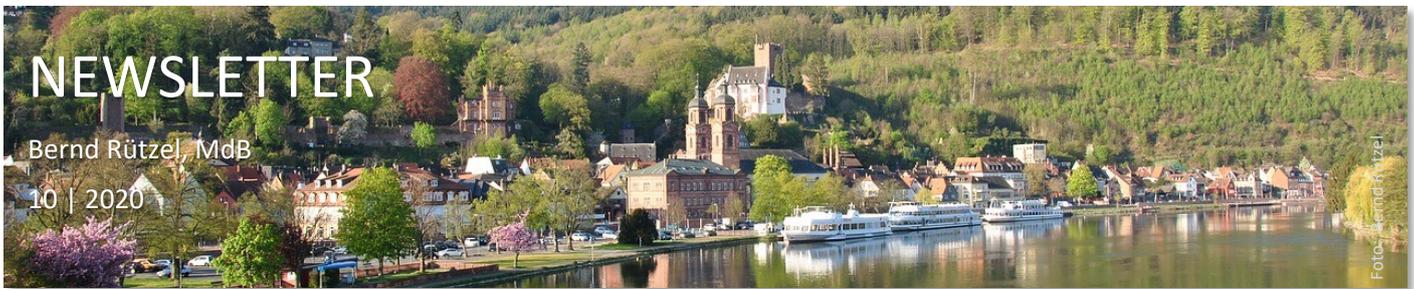
Mitte September hatte der Botschafter von Kanada, Stéphane Dion, die Mitglieder der deutsch-kanadischen Parlamentariergruppe, deren Vorsitzender ich bin, in seine Botschaft eingeladen. Per Video zugeschaltet war uns Senator Peter Boehm aus Ottawa, der die Canada-Germany Interparliamentary Group leitet. Eine sehr gute Veranstaltung, die mithilft, das Band zwischen unseren Ländern weiter zu festigen.

»Es gewöhnen sich zu viele daran, nicht zu arbeiten.«
— Friedrich Merz über Kurzarbeit

Fotos: picture alliance/dpa | Bernd von Jütrzenka | Kay Nietfeld



»Dieser Mann hat entweder ökonomisch keine Ahnung oder ist sozial zynisch.«
— Hubertus Heil über Merz



BROTZEIT, BIER & POLITIK

Endlich wieder Veranstaltungen, endlich wieder eine Diskussion mit engagierten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern: Am Sonntag, den 20. September, fand war ich mal wieder mit meiner Reihe „Brotzeit, Bier & Politik“ im Ankergarten in Zellingen zu Gast. Mit dabei waren auch die stellvertretende Landrätin Pamela Nembach sowie die Zellinger SPD-Gemeinderäte. Gute Organisation, gute Gespräche – so kann’s gerne weiter gehen.



MENSCHENKETTE IN LOHR

Mit einer eindrucksvollen Menschenkette zwischen Werk 1 und Werk 2 haben zahlreiche Protestierende Mitte September ein starkes Zeichen gegen den geplanten Stellenabbau von Bosch-Rexroth in Lohr gesetzt.

Ich konnte leider nicht dabei sein, ich war in Berlin zur Sitzungswoche des Deutschen Bundestages. Mir bleibt nur, allen Demonstrierenden meine Solidarität auszusprechen. Gut, dass sich die Genoss*innen vor Ort solidarisch an der Aktion beteiligt haben!

IN NEUEM GLANZ



Es ist nicht alles Gold was glänzt. Trotzdem habe ich zusammen mit anderen ehrenamtlich Tätigen die Kirchturmuhre in Schaippach „vergoldet“. War ganz schön hoch. Bald läuft unser Uhrwerk wieder.

KULTURFÖRDERUNG FÜR LOHR

Erfreuliche Nachrichten für die Kulturinitiative Lohr (KIL): Mit Mitteln des Bundes in Höhe von 2.770 Euro wird die KIL für die Veranstaltungsreihe „Lohr liest ein Buch - Das Wirtshaus im Spessart“ gefördert. Auf meine Initiative hin und durch die Vermittlung über die Lohrer SPD-Stadträtin und 3. Bürgermeisterin Ruth Steger

hatte die Schriftstellerin Krystyna Kuhn den Antrag eingereicht. Mehr Infos gibt es mit einem Klick auf's Foto.





AUS AURA UM DIE WELT



Es ist mir immer ein besonderes Anliegen, den Arbeitgebenden hier im Wahlkreis einen Besuch abzustatten. Deshalb war ich Anfang September zusammen mit der stellvertretenden Landrätin Pamela Nembach und Kommunalpolitikern des SPD-Ortsvereins Sinngrund bei der Firma Viant in Aura zu Gast. Hier werden winzig kleine Röhrchen für die Medizintechnik in der ganzen Welt hergestellt. Besonders die guten und fairen Arbeitsbedingungen vor Ort haben mich positiv beeindruckt. Ich konnte viele spannende Eindrücke sammeln und interessante Gespräche führen. Den ganzen Bericht gibt's mit einem Klick auf das Foto.

ZWEITER BAHNSTEIG IN LANGENPROZELTEN WIRD 2022 ERNEUERT

Nachdem der Bahnsteig an Gleis 1 schon erneuert wurde, ist 2022 auch der Bahnsteig an Gleis 2 dran. Geplant sind ein Neubau mit 76 cm Höhe sowie die Errichtung einer Zugangsrampe von der Bahnstraße her. Auch die Treppenanbindung zur Rampe wird erneuert.

Schön, dass es in Langenprozelten weitergeht! Ich werde mich auch weiter für die vielen offenen Baustellen der Bahn in der Region einsetzen. Der Bahnsteigneubau in Langenprozelten ist ein schönes Mosaikstück. Aber alle Teile müssen passen, damit die Bahn attraktiver wird. Das ist mir wichtig und dafür engagiere ich mich.

GESPRÄCH MIT DER NGG VOR ORT

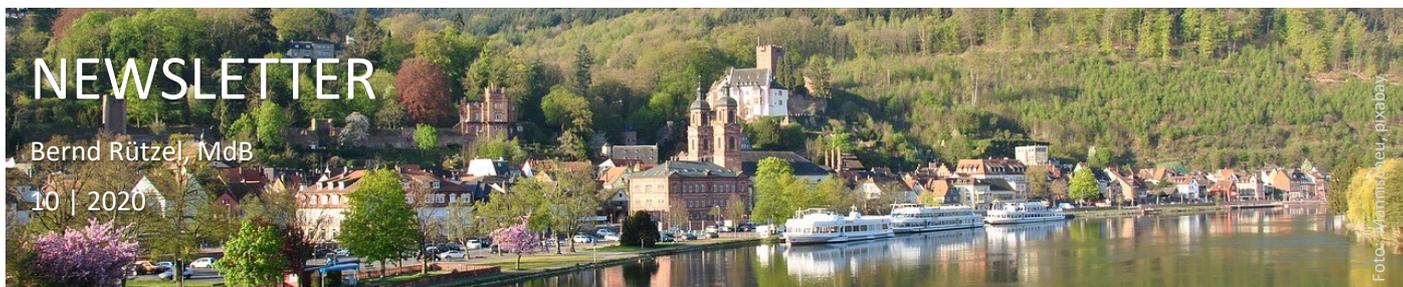
Zum Gespräch über die aktuellen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie traf ich Ibo Ocak, den Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in der Region Unterfranken, und Gewerkschaftssekretär Frank Jauch. Wir sind uns einig: Wir wollen an die großen Betriebe ran und die Ausbeutung von Menschen und Tieren dort beenden. Für Betriebe des Fleischerhandwerks, die weniger als 49 Beschäftigte haben, wie die kleinen Dorfmetzgereien vor Ort, ändert sich hingegen nichts. Das ist uns dabei besonders wichtig! Mehr über unser Gespräch: [Foto anklicken](#).



... UND IN BERLIN

Dort traf ich den Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft NGG, Guido Zeitler. Auch wir haben uns intensiv über die Situation in der Fleischindustrie ausgetauscht.





PRAKTIKUM IN GEMÜNDEN UND BERLIN

Eine Woche lang arbeitete Jan Knes-Wiersma aus Burgsinn in meinem Gemündener Bürgerbüro mit. In diesen fünf Arbeitstagen warteten vielfältige Aufgaben auf den 18-jährigen Abiturienten: vom Erstellen des Pressespiegels und der Recherche zu bevorstehenden Veranstaltungen bis zur Begleitung auf Termine und der dazugehörigen Nachbereitung in Form von Presseberichten. Direkt anschließend an die Tage in Gemünden folgte eine Praktikumswoche in meinem Berliner Büro, wo noch einmal andere Aufgaben warteten.

Was Jan zum Praktikum sagt und warum ich gerne junge Menschen mit einem Praktikum in meinen Büros unterstütze: auf's Foto klicken!



KAMPF FÜR DIE MAINSCHLEIFENBAHN

Die SPD kämpft für die Mainschleifenbahn: Mit dem Zug von Würzburg vorbei an der Vogelsburg bis in die Mainschleife hinein nach Volkach, das wäre toll. Ende September habe ich mich mit Unterstützer*innen vor Ort in Astheim getroffen. Es gilt noch ein paar Steine aus dem Weg zu räumen. Das Foto zeigt Volkmar Halbleib, Sabine Dittmar, Astrid Glos, Frank Hofmann, Eva-Maria Weimann, Heinz Galuschka und dem Betriebsleiter der Mainschleifenbahn Dr. Georg Wolfgang Schramm und viele weitere Unterstützer*innen.



WISSENSCHAFT ERLEBEN IN KARLSTADT



Die [MS Wissenschaft](#) hat Ende September in Karlstadt angelegt. Auch ich habe mich auf dem Schiff über Werkstoffe der Zukunft, Nachhaltigkeit, Biodiversity uvm. informiert. Weitere Termine siehe Link.

NEUWAHLEN IN MSP



Die SPD Main-Spessart wird ab sofort von einer Doppelspitze geführt: Pamela Nembach und Sven Gottschalk, herzlichen Glückwunsch zum tollen Wahlergebnis und dem ganzen Team viel Erfolg für die politische Arbeit.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

10 | 2020

Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

in Bayern hat das neue Ausbildungsjahr begonnen. Für die 41.000 jungen Menschen, die jetzt ins erste Ausbildungsjahr starten, begann Anfang des Monats ein neuer, spannender Lebensabschnitt. Auch für unsere ABC-Schützen war der lang herbeigesehnte Tag gekommen: Einschulung! Ich denke, dass sich in diesem Jahr sogar notorische Schul-Nörgler auf den Schulstart gefreut haben: Endlich wieder Unterricht mit der ganzen Klasse, Freunde treffen im Schulhof, endlich wieder ein strukturierter Tagesablauf. Nach den belastenden Monaten aus Homeschooling und Hybrid-Unterricht ist dies keine Selbstverständlichkeit.

Diese Herbsttage stehen also ganz im Zeichen des Neuanfangs. Auch wenn dieser Neuanfang nicht so unbeschwert ist, wie wir uns das vielleicht gewünscht hätten. Das Coronavirus ist immer noch da, und mit ihm all die Vorsichtsmaßnahmen und Hygienekonzepte, die es umzusetzen gilt. Jetzt muss oberste Priorität haben, dass unsere Schulen wieder laufen. Und was wir in den kommenden Monaten brauchen, ist ein Mehr an Bildung, und nicht ein Weniger.

Ein großes Problem ist nach wie vor der gravierende Lehrkräftemangel an unseren unterfränkischen Schulen. Unsere Forderung nach mehr Lehrpersonal gewinnt gerade in diesem Jahr eine besondere Brisanz: Zum einen fallen aktuell coronabedingt mehr als 6.000 Pädagoginnen und Pädagogen aus. Zum anderen gilt es, viel Stoff nachzuholen. Vor allem aber müssen die sozialen Bildungs-Ungleichheiten, die sich in den vergangenen Monaten verstärkt aufgetan haben, ausgebügelt wer-

den. Dazu braucht es individuelle Förderangebote. Meine Fraktion hat ein Konzept ausgearbeitet, wie eine soziale, verantwortungsvolle Bildungspolitik in Krisenzeiten aussehen sollte.

Die Corona-Pandemie hat sich auch auf den bayerischen Ausbildungsmarkt ausgewirkt. Bayernweit wurden 15 Prozent weniger Ausbildungsverträge geschlossen als im vergangenen Jahr. Auch dies ist in Teilen der Corona-Krise zuzuschreiben – und angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels keine gute Entwicklung. Viele Ausbildungsbetriebe bangen derzeit um ihre Existenz. Sie alle brauchen unsere Unterstützung.



Martina Fehlner im Gespräch mit Mathilde Schulze Middig, Leiterin der Agentur für Arbeit in Aschaffenburg.

Und doch sind die aktuellen Einschränkungen aus meiner Sicht der richtige Weg. Auch wenn sie unseren Alltag oft so schwierig machen. Es gibt Menschen, die sehen das anders. Und natürlich dürfen sie ihre Meinung jederzeit öffentlich äußern, auch im Rahmen von Demonstrationen. Dass es diese Möglichkeit gibt, macht eine lebendige Demokratie aus. Das stärkt sie sogar. Wenn allerdings Rechtsextreme solche Demonstrationen zu kapern versuchen, sollten wir achtsam sein.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdB
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

10 | 2020

Volkmar Halbleib



Landtagsabgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

SOLIDARITÄT MIT DEN BESCHÄFTIGTEN DER AUTOMOBILZULIEFERERINDUSTRIE

Liebe Leserinnen und Leser,

Corona hat den Transformationsdruck auf die Automobilindustrie weiter erhöht. Aber auch schon zuvor war die Autobranche aufgrund verpasster Weiterentwicklungen und dem Imageschaden nach dem VW-Skandal in die Krise geraten. Diverse bayerische Zuliefererkonzerne wie MAN, Conti und Schaeffler haben angekündigt, Werke zu schließen und Arbeitsplätze zu streichen. Dies macht uns als SPD-Landtagsfraktion und mich als lokalen Abgeordneten betroffen.

Insbesondere die angekündigte Schließung des traditionsreichen Schaeffler-Werks in Eltmann und die damit verbundene Streichung von Arbeitsplätzen am Schweinfurter Standort bereiten mir große Sorgen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich kämpfen zusammen mit den Beschäftigten um jeden Arbeitsplatz in der Region, vor allem gegen die Schließung ganzer Standorte, wie für Eltmann angekündigt.

Deswegen habe ich mich auch mit einem Brandbrief an den bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger gewandt und ihn aufgefordert, die politische Initiative zu ergreifen, um den Erhalt der Arbeitsplätze in Schweinfurt und des gesamten Standortes Eltmann zur Chefsache zu erklären und den politischen Druck gegenüber der Konzernleitung zu erhöhen. Die Staatsregierung muss bei den anstehenden Umbrüchen in der Zu-

liefererindustrie an der Seite der Gewerkschaften und der Beschäftigtenvertreter mit den Unternehmen um den Erhalt eines jeden Arbeitsplatzes ringen.



Mit Bernd Rützel auf der wirtschaftspolitischen Sondersitzung des Rats der Region Mainfranken zu Maschinenbau und Automotive.

Mittel- und langfristig geht es auch darum, den Transformationsprozess der Autoindustrie im Sinne des Erhalts von Arbeitsplätzen zu gestalten. Eine Möglichkeit bietet hier das Konjunkturpaket der Bundesregierung. Es sieht in den nächsten zwei Jahren für transformationsrelevante Innovationscluster in der Automobil- und Zuliefererindustrie insgesamt 2 Milliarden Euro vor. Diese müssen wir auch hier vor Ort nutzen. Mit ZF, SKF oder auch Bosch Rexroth sind wichtige Zulieferer in unserer Region vertreten. Viele Handwerks- und Metallbetriebe sind wiederum an ihre Aufträge gebunden.

Als SPD-Abgeordnete aus Land- und Bundestag haben wir daher einen Antrag dafür in den Rat der Regionen der Mainfranken GmbH eingebracht. Die nächsten Monate werden entscheidend sein, um gemeinsam klare Perspektiven für Beschäftigte und Firmen zu entwickeln.

Ihr/Euer Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de